

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

August 2010



Eine Transferunion ist keine Versicherung

Die Europäische Währungsunion wird den Ökonomen und den Politikern noch manches Knobel- und Streitthema liefern. Da geht es zum Beispiel um die Fragen: „Soll Ländern, die in finanzwirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, wirklich jede Hilfe versagt werden? Oder ist es zum Zwecke der Stabilisierung der Eurozone nicht doch angemessen, in Haushaltsnot geratenen Staaten mit Krediten aus der Patsche zu helfen?“

Der Vertrag über die Währungsunion gibt da eine eindeutige Antwort: „No bail-out!“ Auf deutsch: Staaten, die sich in eine schwierige Haushaltslage gebracht haben, darf nicht aus der Patsche geholfen werden. Es liegt auf der Hand, was passieren würde, wenn solche Finanzhilfen nicht verboten wären. Jedes Mitgliedsland, das in Schwierigkeiten gerät, würde – „um der Stabilität des Euro und der Währungsunion willen“ – um Hilfen nachsuchen und die Hilfen auch bekommen. Zwar als „Ausnahmefall in der Not“; aber die Ausnahmefälle würden sich häufen, und auf die Stabilität des Euro würde bald keine Finanzpolitik mehr Rücksicht nehmen. Die Europäische Währungsunion würde zur Transferunion.

Die Befürworter der Transferunion argumentieren mit schiefen Beispielen. Etwa mit der Behauptung, solche Hilfen funktionierten wie eine Versicherung. Das tun sie aber gerade nicht. Es ist wahr: Eine gute Versicherung produziert Sicherheit. Wahr ist aber auch: Sie ist so konstruiert, dass Sicherheit nicht zur Leichtfertigkeit wird. Wenn eine Versicherung nicht so konstruiert wäre, dann ginge sie kurz nach Geschäftseröffnung schon in den Konkurs. Die Transferunion aber wäre eben eine Versicherung, die auch denen helfen müsste, die leichtfertig mit ihrem Haushaltshaltsrisiko umgegangen sind. Und: Man könnte sie aus dieser Versicherung nicht hinauswerfen.

Das ist der Unterschied zwischen Markt und Politik; und weil das so ist, darf die Europäische Währungsunion nicht zur Transferunion werden.

Hans D. Barbier

Neunter Mindestlohn in Kraft

Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz bietet der Bundesregierung die rechtliche Möglichkeit, zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften tariflich vereinbarte Löhne für die gesamte Branche als „allgemeinverbindlich“ zu erklären. Dazu müssen allerdings von allen Arbeitnehmern einer Branche mindestens 50 Prozent der sogenannten Tarifbindung unterliegen. Mit der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) gelten die Mindestlöhne in den jeweiligen Tarifverträgen dann auch für nicht-tarifgebundene Unternehmen einer Branche. Die AVE erfolgt per Rechtsverordnung durch das Bundesministerium bzw. die Bundesregierung.

Das Bundeskabinett hat – von der Öffentlichkeit wenig beachtet – Mitte Juli für die neunte Branche die AVE erklärt: Knapp 600 000 – von rund 800 000 – in der Pflege Tätige erhalten seit 1. August 2010 einen gesetzlichen Mindestlohn; ausgeschlossen davon sind reine Haushaltshilfen sowie Auszubildende und Praktikanten im Pflegebereich. Als gesetzliche Untergrenze gilt ein Stundenlohn von 8,50 Euro in den alten Bundesländern und Berlin sowie von 7,50 Euro in den neuen Bundesländern. Im Januar 2012 und im Juli 2013 steigt der Mindestlohn in der Pflegebranche um jeweils 25 Cent.

Außer für Pflegekräfte gelten Mindestlöhne zurzeit für die Abfallwirtschaft, das Bauhauptgewerbe, den Bergbau, das Dachdeckerhandwerk, das Elektrohandwerk, die Gebäudereiniger, die Großwäschereien sowie für Maler und Lackierer. Staatlich festgelegte Mindestlöhne betreffen aktuell rund 2,8 Millionen Arbeitnehmer. Als größte Gruppe umfasst das Entsendegesetz rund 700 000 Beschäftigte in der Gebäudereinigung. Die kleinste Gruppe bilden 2 500 Spezialisten im Steinkohle-Bergbau.

Für mindestens zwei weitere Branchen sind Mindestlöhne durch AVE vorgesehen: 170 000 Beschäftigte im Wach- und Sicherheitsgewerbe (ab Januar 2011) sowie 23 000 Beschäftigte, die in der beruflichen Weiterbildung arbeiten (Startzeitpunkt noch offen), sollen ebenfalls ein staatlich fixiertes Entgelt erhalten.

www.bundesregierung.de

Alarmierender Bildungsbericht

Jeder sechste junge Mensch in Deutschland im Alter von 20 bis 29 Jahren hat keinen Berufsabschluss und befindet sich auch nicht mehr in einer Bildungsmaßnahme. Diesen alarmierenden Befund melden die Autoren des aktuellen Berichtes „Bildung in Deutschland 2010“. Herausgeber sind die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in

der Bundesrepublik Deutschland sowie das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Der Bericht erscheint alle zwei Jahre und liefert seit 2006 Daten zum Stand des Bildungswesens von der Kindertagesstätte bis zur Weiterbildung. Die Autoren sind unabhängige Wissenschaftler.

Verlierer sind laut Bericht vor allem Hauptschüler: Ihr Abschluss führt sie zu mehr als 50 Prozent in „Warteschleifen“. Die schlechtesten Perspektiven auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben nach den aktuellen Zahlen junge Migranten. Von ihnen sind über 30 Prozent ohne Berufsabschluss oder Weiterqualifizierung. Besonders betroffen sind junge Frauen mit türkischem Hintergrund: Bei ihnen beträgt der Anteil sogar 47,5 Prozent.

Die größte Herausforderung sehen die Herausgeber darin, die Kluft zwischen jungen Erwachsenen mit und ohne Ausbildung zu schließen. Sonst drohe im nächsten Jahrzehnt einerseits Facharbeitermangel, andererseits hohe Arbeitslosigkeit.

www.bildungsbericht.de

EU-Schulabgänger	
ohne Abschluss Sekundarbereich II und ohne Aus- und Weiterbildung	
Schweiz	7,7 %
Finnland	9,8 %
Österreich	10,1 %
Schweden	11,1 %
Niederlande	11,4 %
Frankreich	11,8 %
Deutschland	11,8 %
EU-27	14,9 %
Vereinigtes Königreich	17,0 %
Italien	19,6 %
Stand 2008 Quelle: Eurostat	

Dauerbrenner Fachkräftemangel

„Fachkräfte fehlen!“, dieser Alarmruf ist regelmäßig zu hören und zu lesen. Mit Programmen und Gesetzen wird seit Jahr und Tag versucht, dem Mangel abzuwehren. Der Erfolg bisheriger politischer Interventionen ist überschaubar.

Es gibt Themen, die mit schöner Regelmäßigkeit diskutiert werden. „Steuern vereinfachen“ oder „Steuern senken“ ist beispielsweise so ein Wiedergänger. Auch der „Bürokratieabbau“ wird alle Jahre beschworen. Seit Ende Juli ist es nun zum x-ten Mal der Evergreen vom „Fachkräftemangel“. Rainer Brüderle, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, hat in einem Interview auf eine drohende Entwicklung hingewiesen. Der Fachkräftemangel werde in den nächsten Jahren zum Schlüsselproblem für den deutschen Arbeitsmarkt, nicht die Arbeitslosigkeit. Deswegen plant der Bundeswirtschaftsminister eine Initiative, um ausländische Fachkräfte nach Deutschland zu holen.

Aktuell kein Mangel

Zu Aktionismus oder Eile besteht allerdings kein Grund. Arbeitsmarktexperten sind sich zwar einig: Werden die Weichen nicht demnächst gestellt, dann fehlt in einigen Jahren qualifiziertes Personal. Ein bundesweiter, flächendeckender Fachkräftemangel besteht aber derzeit nicht. Das Institut für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) und die Bundesagentur für Arbeit (BA) haben herausgefunden, dass in bestimmten Bereichen zwar ein erhöhter Bedarf an Arbeitskräften besteht, zum Beispiel im Pflegebereich und bei Ingenieuren.

Von einem generellen Mangel könne aber keine Rede sein.

Sogar das Institut der deutschen Wirtschaft (IW), das als arbeitgebernahes Forschungsinstitut den Fachkräftemangel regelmäßig beschwört, hält im Herbst 2008 in einer Studie fest: „Ein Fachkräfteteengpass kann nicht konstatiert werden.“ Aus Sicht des IW beschränke sich der Fachkräftemangel auf Berufsgruppen in sogenannten MINT-Bereichen; das sind Tätigkeiten, die Qualifikationen in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik voraussetzen.

Beispiel Ingenieure

Eine Möglichkeit, einem eventuellen Fachkräftemangel auf die Spur zu kommen, führt über den Vergleich der Zahl offener Stellen mit der Zahl derer, die arbeitslos sind. Der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) hat zuletzt im Frühjahr 2010 festgestellt: 34 000 Stellen blieben 2009 unbesetzt, vor allem in Baden-Württemberg und Bayern. Die wirtschaftlichen Folgen: Umsätze in Höhe von über drei Milliarden Euro hätten nicht verwirklicht werden können. Allerdings gab es 2009 auch rund 25 000 arbeitslose Ingenieure, und es dürften noch einige Absolventen hinzukommen, die sich gar nicht erst bei den Arbeitsagenturen als arbeitslos meldeten.

Zweifelsohne ist die Zahl arbeitsloser Ingenieure in den vergangenen Jahren deutlich gesunken. 2005 waren noch über 60 000 ohne Anstellung, im März 2010 nur noch rund 28 000. Aber auch die Zahl der offenen Stellen lag in den Jahren 2006 bis 2008 deutlich höher als heute. Doch die ausgeschriebenen Stellen lassen sich selten kurzfristig mit arbeitslosen Ingenieuren besetzen. Viele sind laut VDI nur vorübergehend in der Arbeitslosenstatistik erfasst, etwa weil ihre Arbeitgeber in die Insolvenz gegangen sind und sie zügig einen neuen Arbeitgeber finden. Der Arbeitsmarkt für Ingenieure unterliegt außerdem starken Schwankungen und ist – in Deutschland wie international – eng an die wirtschaftliche Entwicklung gekoppelt.

Zahlenspiele

Der VDI hält einige tausend Arbeitslose für schwer vermittelbar: aus Altersgründen, wegen zu geringer Erfahrung oder zu hoher Gehaltsvorstellungen, wegen fehlender Mobilität oder mangelnden Kenntnissen. Dem widersprechen die Arbeitsmarktforscher der Bundesagentur für Arbeit (BA): Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) kam im IAB-Kurzbericht 18/2008 zum Ergebnis, es gebe „trotz Engpässen in einigen Ingenieur-



„Ich halte es für ausgeschlossen, dass der Bund mit Steuergeldern Fachkräften aus dem Ausland den Weg nach Deutschland versüßt.“

Rainer Brüderle

berufen keinen flächendeckenden Ingenieurmangel“, der Arbeitsmarkt sei nicht völlig leer gefegt. Die IAB-Forscher empfehlen, das Potential von Arbeitslosen und insbesondere Frauen stärker zu nutzen.

In den BA-Statistiken fällt die sogenannte Vakanzzeit ins Auge; der Wert zeigt, wie lange Unternehmen eine Stelle ausgeschrieben haben. Die Vakanzzeit betrug zur Jahresmitte 2008 branchenübergreifend durchschnittlich 61 Tage; bei der Suche nach Ingenieuren dauerte es 106 Tage. 2009 war es ähnlich: 53 Tage im Durchschnitt aller Stellen, bei Ingenieuren 76 Tage. Die Unterschiede lassen zumindest erkennen, dass Unternehmen, die einen Ingenieur suchen, mehr Zeit für die Suche aufwenden als andere Arbeitgeber.

Und andere Arbeitslose?

Die Zahl der Arbeitslosen liegt bei offiziell gezählten drei Millionen Menschen, und seit einigen Jahren wandern Fach- und Führungskräfte aus. 2009 verließen dem Statistischen Bundesamt zufolge rund 155 000 Menschen Deutschland, viele davon, um anderswo bessere Berufs- und Karrierechancen zu finden. Wäre der Mangel so akut, würden die Unternehmen solches dringend benötigte Personal nicht umwerben?

Aber die Arbeitslosenstatistik belegt immerhin auch: Mehr als 20 Prozent der Langzeitarbeitslosen haben die Schule abgebrochen, und sogar mehr als die Hälfte dieser Gruppe hat keine abge-

schlossene Berufsausbildung. Ohne Abschluss zum Spezialisten – dieser Weg dürfte eher selten gelingen.

Die Warnungen vor dem Fachkräftemangel sind dennoch nicht völlig aus der Luft gegriffen. In einigen Jahren wird es in Deutschland zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte geben, da ist auch das IAB überzeugt. Laut IAB-Kurzbericht 12/2010 verringert sich bis 2025 „das Erwerbspersonenpotenzial demografisch bedingt um rund sieben Millionen Personen, das heißt um rund 390 000 pro Jahr“. Die Folge: Qualifizierte Arbeitskräfte werden knapp, der Wettstreit um fähige Arbeitskräfte immer intensiver. Wenig überraschend, dass die Politik versucht, sich bei diesem Thema aufs Neue zu positionieren und auf ausländische Fachkräfte zu verweisen.

Ausländer rein

Doch wer insbesondere als Nicht-EU-Bürger in Deutschland seine Arbeitskraft anbietet, findet ein intransparentes Geflecht aus verschiedenen Maßnahmen vor:

■ Da kann entweder ein befristeter Aufenthalt – er berechtigt nur in bestimmten Fällen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit – beantragt werden. Oder der ausländische Spezialist setzt auf eine unbefristete Niederlassungserlaubnis; diese berechtigt zur Ausübung jeder nicht-selbstständigen und selbständigen Erwerbstätigkeit.

■ Um deutsche Arbeitnehmer davor zu schützen, dass ausländische Arbeitnehmer den Arbeitsmarkt überschwemmen, wurde das Konzept der Vor-

rangprüfung entwickelt. Jede Stelle, die ein Unternehmen mit einem ausländischen Arbeitnehmer besetzen will, unterliegt einer „Vorrangprüfung“ durch die BA. Dabei wird geprüft, ob ein deutscher Arbeitssuchender diese Stelle ausfüllen könnte; ist das der Fall, hat er Vorrang.

■ Mindest-Einkommensanforderungen – zurzeit 66 000 Euro pro Jahr – und diverse Vorschriften für den Familiennachzug verkomplizieren Niederlassungspläne zusätzlich. Verlockend für ausländische Fachkräfte dürfte das alles wahrscheinlich nicht sein.

Die nun von Bundeswirtschaftsminister Brüderle angekündigte Initiative ist eine von mehreren in den vergangenen zehn Jahren. Die ehemalige Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatte im Jahr 2000 eine „Green Card“ nach amerikanischem Muster erdacht. Bis zu 150 000 IT-Spezialisten, die nicht aus EU-Ländern stammen, sollten mit Hilfe der Green Card nach Deutschland kommen. Bis zum Auslaufen der Initiative sind aber lediglich 18 000 der begehrten Spezialisten eingestellt worden. Am 1. Januar 2005 wurde dann von Rot-Grün das Zuwanderungsgesetz in Kraft gesetzt, das ebenfalls dafür sorgen sollte, qualifizierte Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern ins Land zu locken. Hochqualifizierte Arbeitssuchende konnten ab einem Mindestverdienst von 86 400 Euro eine sogenannte Niederlassungserlaubnis beantragen. Nun will also die amtierende Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP ihr Glück versuchen.

Arbeit für alle

Ungeachtet der Ankündigungen von Rainer Brüderle wird demnächst eine EU-Verordnung zum Fachkräftezugang in Kraft gesetzt werden. Die EU-Staaten einigten sich 2009 auf die Einführung einer „Blue Card“ – benannt nach der blauen Farbe der Europaflagge – die ab Juni 2011 die Zuwanderung von Fachkräften EU-weit regeln soll. Die Hoffnung: Bis zu 20 Millionen Fachkräfte sollen in den kommenden Jahren ihre Arbeitskraft in der EU anbieten dürfen. Der Haken: Die Blue-Card-Regeln sind nicht zwingend, die Einzelstaaten können weiterhin nach eigenen Vorstellungen agieren.

Dennoch: Der Wettstreit um die fähigsten Köpfe findet mehr und mehr über Deutschlands Grenzen hinweg statt. Alle westlichen Industriestaaten haben ein Demografieproblem, in ihnen wird in den kommenden Jahren das qualifizierte Personal knapp. Neben einer intelligenten Zuwanderung muss in jedem Fall das einheimische Potenzial erschlossen werden. Kein Land, auch Deutschland nicht, kann sich erlauben, Tausende ohne Schul- und Berufsanschluss von jeglicher Teilhabe an Wirtschaft und Gesellschaft auszuschließen. Nur mit Fachkräften, gleich ob in- oder ausländische, werden Wirtschaft und Unternehmen künftig wachsen können, werden neue Unternehmen entstehen, in denen dann auch bislang arbeitslose Einheimische eine – hoffentlich qualifizierte – Beschäftigung finden.

Andreas Schirmer



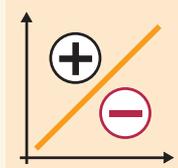
„Über die Ausbildungsreife Jugendlicher zu diskutieren, bringt uns nicht weiter. Fest steht, jeder Jugendliche bringt etwas mit – sich selbst. Unsere Aufgabe ist es, ihre Begabungen zu suchen, zu fördern und sie auf ihrem Weg in den Beruf so gut wie möglich zu unterstützen.“

Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit

IM KLARTEXT

August 2010

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im August 2010

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Ende Juli suchten noch 152 600 junge Menschen eine Lehrstelle; 108 500 Ausbildungsplätze waren dagegen unbesetzt. Von den noch unversorgten Bewerbern hatten nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit fast 60 000 einen Realschulabschluss und mehr als 20 000 Fachhochschulreife oder Abitur; 56 000 Bewerber konnten einen Hauptschulabschluss vorweisen, nur rund 4 000 waren ohne Schulabschluss.

Seit sieben Jahren verkünden Arbeitgeber und Bundes-

regierung, die Lage auf dem Lehrstellenmarkt sei entspannt. Das ist erstaunlich, denn der Blick in Bericht „Bildung in Deutschland 2010“ zeigt: Mehr als 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren sind ohne Berufsabschluss und besuchen keine Weiterbildungen mehr. Das sind 17 Prozent der Altersgruppe; vor zehn Jahren lag der Anteil der Ungelernten bei 14 Prozent. Deutschland kann sich kein Heer unqualifizierter junger Männer und Frauen leisten, das vom Erwerbsleben dauerhaft ausgeschlossen ist.

Eigenverantwortung

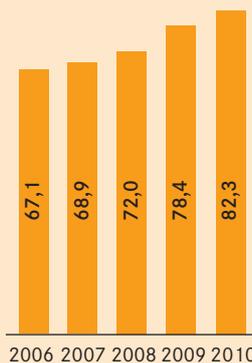


Laut einer Studie der D&B Deutschland erfüllten im 2. Quartal 2010 rund 82 Prozent aller Firmen ihre Zahlungsverpflichtungen pünktlich – der seit Jahren höchste Wert. Von den in Deutschland rund 4,5 Millionen aktiven Unternehmen zahlten demnach knapp 150 000 mehr als vor einem Jahr ihre Rechnungen wie vereinbart.

Das zarte Pflänzchen Aufschwung benötigt ein gutes Klima, um weiter wachsen

Zahlungsmoral

vereinbarungsgemäße Zahlungen
in Prozent



jeweils 2. Quartal
Quelle: D&B Deutschland

und gedeihen zu können. Da ist es positiv, wenn Rechnungen für geleistete Dienste pünktlich bezahlt werden. Immerhin basiert ein freiheitliches Wirtschaftssystem auf Vertrauen: Wer will etwas leisten, wenn eine Gegenleistung nur schleppend oder überhaupt nicht erfolgt?

Geldwertstabilität



Die Großhandelspreise im Juli 2010 – das sind die Preise, die Großhändler vom Einzelhandel sowie von Industrie- und Gewerbebetrieben verlangen –

kletterten gegenüber dem Vorjahresmonat um 5,3 Prozent. Insbesondere im Großhandel mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug mussten – mit einem Plus von 23,3 Prozent – deutlich höhere Preise gezahlt werden. Milcherzeugnisse sowie Obst, Gemüse und Kartoffeln waren im Vergleich zum Juli 2009 ebenfalls teurer (11,5 Prozent). Auch Brenn- und Kraftstoffe verteuerten sich (10,9 Prozent).

Weil Einzelhandel, Handwerk und Industrie die Großhandelspreise mit Verzug an die Verbraucher weiterreichen, gelten sie als Vorbote für einen Anstieg bei den Verbraucherpreisen.

Teuerung

	Preisanstieg im Vorjahresvergleich	
	Großhandel	Verbraucher
Januar	1,9 %	0,8 %
Februar	2,1 %	0,6 %
März	4,3 %	1,1 %
April	6,0 %	1,0 %
Mai	6,2 %	1,2 %
Juni	5,1 %	0,9 %
Juli	5,3 %	1,2 %

Quelle: Statistisches Bundesamt

Lehrstellen

	Berufsausbildungsstellen gemeldet	unbesetzt
2001	570 800	24 500 *
2002	532 000	18 000 *
2003	483 400	14 800 *
2004	451 800	13 400 *
2005	405 700	12 800 *
2006	401 900	15 400 *
2007	425 600	18 300 *
2008	445 300	113 000
2009	414 100	99 000
2010	424 000	109 000

jeweils Juli; * Ende September
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: BMWi/Ossenbrink (innen), Bundesagentur für Arbeit
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard